Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgirokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Eingesandt 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: J. V.: Dr. Fritz Klauber in Dresden.

Nr. 161 | Dresden, Donnerstag, 12. Juli | 1928

Überreichung der deutschen Antwort auf die Kelloggnote.

Berlin, 12. Juli.

Wie wir erfahren, ist die Antwort der deutschen Regierung auf die letzte amerikanische Note vom 23. Juni d. J. über den Abschluß eines internationalen Paktes zur Ächtung des Krieges gestern nachmittag dem amerikanischen Botschafter überreicht worden. Die Note wird Freitag veröffentlicht werden.

Einigung in der Amnestiefrage.

Berlin, 11. Juli.

Im Reichstagsausschuß für Rechtspflege wurde der Antrag der Regierungsparteien über die Amnestie unter Ablehnung aller Anträge mit allen gegen die Stimmen der Bayrischen Volkspartei angenommen. Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, bei den Ländern dahin zu wirken, daß Personen, die aus wirtschaftlicher Not und aus Anlaß des passiven Widerstandes straffällig geworden sind, bei der Ausübung des Gnadenrechtes in besonders wohlwollender Weise berücksichtigt werden. Die Entschließung Everling, daß in sogenannten Femefällen alsbald voller Straferlaß gewährt, zunächst aber die Gefängnisstrafe in Festung umgewandelt werde, wurde abgelehnt.

Das Gesetz über den Nationalfeiertag wird nicht mehr verabschiedet.

Berlin, 12. Juli.

Der vorgestern vom Reichstag in erster Lesung erledigte Gesetzentwurf über den Nationalfeiertag ist gestern dem Rechtsausschuß zugegangen. In der heutigen Sitzung des Ausschusses wird der Vorsitzende Abg. Dr. Kahl von diesem Eingang Mitteilung machen. Wie das VDZ-Bureau hört, ist als sicher anzunehmen, daß der Ausschuß beschließen wird, in die Verhandlungen über diese Vorlage erst im Herbst einzutreten, so daß die Frage des Nationalfeiertages vorläufig nicht zur Erledigung kommen kann.

Es werden also auch in diesem Jahre wie in den Vorjahren ohne gesetzliche Regelung von einzelnen Regierungen Verfassungsfeiern veranstaltet werden. Welche Stellung bei dieser Lage die preußische Staatsregierung einnehmen wird, steht noch nicht fest. doch dürfte kaum mit einer neuen preußischen Flaggenverordnung zu rechnen sein, auch nicht mit einer Verordnung, die sich nur auf den 11. August beziehen wird.

Einigung über die Einkommensteuersenkung.

Berlin, 12. Juli.

Vor der Sitzung des Steuerausschusses des Reichstags verhandelte gestern Reichsfinanzminister Dr. Hilferding nochmals mit den Parteiführern über die Frage der Einkommensteuersenkung. Das Ergebnis dieser abschließenden Besprechung war, daß Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum dem Steuerausschuß einen gemeinsamen Antrag vorlegen werden, wonach der gegenwärtig in Höhe von 15 Proz. bzw. höchstens 2 M. monatlich erfolgende Abzug vom Steuerbetrag auf 25 Proz. bzw. 3 M. erhöht werden soll. Unter diese Ermäßigung würden Einkommen bis zu 15000 M. jährlich fallen. Daneben soll eine weitere Ermäßigung der Steuerleistung durch eine Abrundung herbeigeführt werden. Die Neuregelung soll ab 1. Oktober in Kraft treten.

Sitzung des Verwaltungsrates der Reichsbahn.

Königsberg, 12. Juli.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft tagte vom 10. bis 11. Juli in Königsberg in Preußen seine Sommertagung ab und nahm dabei Gelegenheit, sich ein Bild von der besonderen Wirtschafts- und Verkehrslage Ostpreußens zu verschaffen. Um bei der Verkehrsaufschließung der Provinz mitzuwirken, wurde eine Beteiligung an der Kraftverkehrsgesellschaft Ostpreußen beschlossen. Die Tariferhöhungsfrage konnte in dieser Sitzung in der Hauptsache nur referierend behandelt werden, da eine endgültige Stellungnahme der neuen Reichsregierung, die erst vor einigen Tagen die parlamentarische Bestätigung erhalten hat, noch nicht vorlag. Durch die eingetretene Verzögerung hat sich die Notwendigkeit einer Tariferhöhung noch gesteigert, der Ausgabenbedarf ist noch gestiegen. Entgegen der Erwartung, die die frühere Regierung bei ihrer zunächst ablehnenden Einstellung hegte, ist das Anwachsen der laufenden Einnahmen im Vergleich zum Vorjahre zum Stillstand gekommen. Angesichts dieser Sachlage wird der Verwaltungsrat zu definitiver Stellungnahme in kurzer Zeit wieder zusammentreten.

Das Finanzgesetz im Sächsischen Landtag angenommen.

Der Sächsische Landtag nahm gestern den Rest des Etats und damit das Finanzgesetz, das im ordentlichen Etat mit 423382560 RM, in dem außerordentlichen Etat mit 48022350 RM abschließt, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten an und erteilte der Regierung die verfassungsmäßige Entlastung. Weiter fanden die Vorlagen über das Anleihegesetz und den Rechenschaftsbericht auf 1926 Annahme. Der Landtag vertagte sich dann bis zum 6. November.

(Der eingehende Bericht über die Schlußsitzung des Landtags folgt in den Landtagsbeilagen.)

Die Entdeckung der Malmgrengruppe.

Die „Italia"-Leute schon tot?

Kingsbay, 12. Juli.

Hier ist man jetzt nahezu davon überzeugt, daß die „Italia"-Leute auf der Eisscholle nicht mehr am Leben sind. Diese Annahme wird besonders dadurch verstärkt, daß auch gestern den ganzen Tag hindurch die Funkstation des Lagers der Nobile-Leute schwieg. Aus den Erzählungen des geretteten Fliegers Lundborg geht hervor, daß es sich bei dem Fieber, das die Überlebenden der „Italia"-Katastrophe ergriffen hat, um eine Lungenentzündung handelt. Das Tragische des ganzen Schicksals wird besonders noch durch die Tatsache verstärkt, daß die Eisscholle der Nobile-Leute so nahe an die Küste herangetrieben wurde, daß die Schiffbrüchigen das Land sogar sehen konnten. Das morsche Eis gestattete jedoch nicht den Fußmarsch nach der Küste.

Der dänische Polarforscher Peter Freuchen hat sich dem „Ekstrabladet" gegenüber dahin ausgesprochen, daß die italienische Regierung ihn zu spät um Hilfe für die „Italia"-Mannschaft gebeten habe. Noch im Mai seien die Eisverhältnisse so gewesen, daß man eine Hundeschlittenexpedition leicht hätte ausführen können. jetzt könne von dem Erfolg einer Fußexpedition gar nicht mehr die Rede sein. Nobile habe zweifellos außerordentlich leichtsinnig, ja schlimmer gehandelt. Wenn es richtig sei, daß er gegen besseres Wissen falsche Berichte gegeben habe, um unangenehme Tatsachen zu verschleiern, so trage er auch die Schuld an dem Untergang Amundsens und seiner Begleiter. Er, Freuchen, sei der festen Überzeugung, daß Amundsen sich von Tromsö aus sofort auf die Suche nach der Italiagruppe begeben habe. Natürlich habe er diese Gruppe nicht finden können, da das Luftschiff damals schon längst verbrannt gewesen sei. Dieser Umstand scheine Nobile bekannt gewesen zu sein, doch habe er ihn wochenlang verschwiegen.

Der russische Flieger Tschuchnowski entdeckt die Malmgrengruppe.

Moskau, 12. Juli.

Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, entdeckte bei einem Erkundungsflug der russische Flieger Tschuchnowski 80 Grad 42 Min. nördlicher Breite, 25 Grad 45 Min. östlicher Länge 20 Meilen östlich von der „Krassin" die Malmgrengruppe, von der zwei Mann mit Fahnen winkten und der dritte in liegender Stellung verharrte. Der Flieger umkreiste die Gruppe fünfmal und suchte nach einer günstigen Landungsstelle. Es gelang ihm jedoch nicht, eine zur Landung geeignete Stelle in der Nähe der Gruppe ausfindig zu machen, worauf er wieder nach der „Krassin" zurückkehrte. Auf die Meldung Tschuchnowskis hin hat dann der Eisbrecher mit Volldampf die Fahrt in Richtung auf die von dem Flieger bezeichnete Position der Malmgrengruppe aufgenommen. Der Kapitän des Schiffes hofft, wenn nicht auf der letzten Fahrtstrecke die Eismassen ganz undurchdringlich werden sollten, noch heute nacht oder morgen früh die Gefährdeten zu erreichen. Die „Krassin" bewegt sich zurzeit mit einer Geschwindigkeit von 3 Seemeilen in der Stunde.

•

Notlandung Tschuchnowskis.

Rom, 12. Juli.

Nach einer Meldung der „Agentia Stephani" mußte der russische Flieger Tschuchnowski nach einem vierstündigen Flug infolge Nebels eine Notlandung vornehmen, bei der das Flugzeug beschädigt wurde. Tschuchnowski erreichte mit seinen vier Begleitern unter Mitnahme der Sendestation und Lebensmitteln für 14 Tage die Küste. Der Eisbrecher „Krassin" setzt inzwischen sein Vordringen zu der von Tschuchnowski entdeckten Gruppe fort. Nach dem letzten Funkspruch war er noch 12 Meilen von ihr entfernt.

•

Die Malmgrengruppe wurde gerettet.

Malmgren selbst ist gestorben.

Berlin, 12. Juli.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist es dem russischen Eisbrecher „Krassin" gelungen, die Malmgrengruppe zu erreichen. Malmgren selbst soll schon seit einem Monat tot sein. Seine Leiche wurde geborgen. Die beiden Italiener Mariano und Zapi wurden gerettet.

Die unterstützten Arbeitslosen am 30. Juni.

Berlin, 12. Juli.

Der Rückgang in der Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist in der zweiten Hälfte des Monats Juni etwas stärker gewesen als in den vorhergehenden 14 Tagen. In der Arbeitslosenversicherung ist die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Zeit vom 16. bis 30. Juni von rund 622200 auf 610700, das ist um 11500 oder um 1,8 v. H. zurückgegangen. Die Entwicklung bewegt sich aber schon seit Wochen bei den weiblichen Arbeitslosen in anderer Richtung als bei den männlichen. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der Berichtszeit erneut zurückgegangen, und zwar von 457000 auf 436300, während die der Frauen von 165200 auf 174400 gestiegen ist. In der Krisenunterstützung ist sowohl die Zahl der unterstützten Frauen wie die der Männer zurückgegangen, und zwar die der Männer um 10600 auf 93200, das ist um 10,2 v. H., die der Frauen dagegen nur um 1300 auf 20400 oder um 6,1 v. H. Der Gesamtrückgang in der Krisenunterstützung beträgt rund 11900 oder 9,5 v. H.

Deutscher Reichstag.

Sitzung am 11. Juli.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches, das dem Rechtsausschuß zur Fortsetzung der im letzten Reichstag nicht abgeschlossenen Beratung überwiesen werden soll.

Abg. Dr. **Alexander** (Komm.) lehnt den Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs ab. Diese Strafrechtsreform verfolge nur den Zweck, die den Gesetzen zuwider betriebene politische Klassenjustiz gegen das Proletariat zu legalisieren.

Ohne weitere Aussprache wird der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches dem Ausschuß für die Strafrechtsreform überwiesen.

Auf Antrag der in der Regierung vertretenen Parteien und der Wirtschaftspartei soll im Gesetz über die Einstellung des Personalabbaues die Frist für die Regelung der Rechtsverhältnisse der Wartestandsbeamten vom 31. Juli 1928 bis zum 31. Januar 1929 verlängert werden.

Abg. **Gottheiner** (Dnat.) verlangt, daß die Wartestandsbeamten ohne weiteren Verzug in ihre alten Rechte wieder eingesetzt werden.

Abg. Dr. **Frick** (Nat.-Soz.) beantragt die volle Anrechnung der Wartestandszeit auf das Pensionsdienstalter.

Abg. **Torgler** (Komm.) spricht gleichfalls gegen eine Fristverlängerung.

Ministerialdirektor Dr. **Lotholz** bittet um Annahme des Antrages der Regierungsparteien, damit die Reichsregierung die verlängerte Frist zur Regelung der Verhältnisse benutzen könne.

Abg. Dr. **Luaay** (Dnat.) erklärt, es wäre die Pflicht der Regierung gewesen, diese Materie schon längst zu regeln.

Abg. **Steinkopf** (Soz.) tritt gleichfalls für eine endgültige Regelung ein. Dem neuen Kabinett müsse aber durch die Fristverlängerung die notwendige Zeit dazu gegeben werden. Um eine Schädigung der Beamten zu vermeiden, müsse der Regelung rückwirkende Kraft gegeben werden.

Der Antrag der Mehrheitsparteien wird nach Ablehnung nationalsozialistischer Änderungsanträge in erster und zweiter Beratung angenommen.

Die dritte Beratung wird auf Donnerstag vertagt.

Zur ersten Beratung kommt dann eine Regierungsvorlage, die die Bienen in das Viehseuchengesetz einbeziehen, aber auch eine abweichende landesrechtliche Regelung zulassen will.

Die Vorlage wird in allen drei Lesungen angenommen.

Der Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Siam wird dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen, das deutsch-schwedische Abkommen zur Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt der Ausschußbericht über den kommunistischen Antrag zur Krisenunterstützung.

Der Sozialpolitische Ausschuß schlägt dazu eine Entschließung vor, in der verlangt wird, zur Krisenunterstützung allgemein solche Fabrikarbeiter zuzulassen, die gewohnheitsmäßig mit Berufsangehörigen der Gärtnerei, Metallverarbeitung, Maschinenindustrie, Lederindustrie, Holz- und Schnitzstoffgewerbe, Bekleidungsgewerbe und den Angestelltenberufen zusammenarbeiten. Bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes soll die Krisenfürsorge auf sämtliche Berufe ausgedehnt werden. Die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge soll allgemein auf 39 Wochen, für Arbeitnehmer über 40 Jahre bis auf 52 Wochen verlängert werden. Die auch aus der Krisenfürsorge ausgesteuerten Erwerbslosen sollen bei Notstandsarbeiten bevorzugt berücksichtigt werden.

Abg. Dr. **Pfeffer** (D. Vp.) beantragt die Streichung der in der Entschließung enthaltenen Forderung auf allgemeine Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf 39 Wochen.

Reichsarbeitsminister **Wissell** verweist auf seine gestern im Ausschuß abgegebene Erklärung. Die gegenüber dem Vorjahr verschlechterte wirtschaftliche Konjunktur spiegelte sich auch in der Arbeitslosenzahl wider. Die als Voraussetzung für die